

**Bezuschussung des Mensaessens für Kinder von Hartz IV-Empfängern und Geringverdienern
- Interfraktioneller Antrag vom 19.12.2007**

Beschluss: (einstimmig)

Der o. g. Antrag wird zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss verwiesen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der von verschiedenen Gemeinderäten unterzeichnete interfraktionelle Antrag ist als Anlage beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Lebenssituation von Kindern aus finanziell schwachen Familien ist in den letzten Monaten stärker in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob die Sozialleistungen (Hartz IV-Leistungen) es den Kindern überhaupt ermöglicht, an der Mittagsverpflegung in den Schülermensen teilzunehmen. Einige Städte haben hierauf reagiert und entsprechende Haushaltsmittel für die Schülerverpflegung zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung hat sich hiermit auch beschäftigt. Es soll jedoch ein umfängliches Meinungsbild von den Elternvertretungen, Schulen und Sozialverbänden eingeholt werden, um ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Darüber hinaus gilt es, eine entsprechende Verfahrensweise zu entwickeln. Da dies noch einiger Gespräche bedarf, schlägt die Verwaltung vor, diesen Antrag im Verwaltungsausschuss vorzubereiten.

- - -

Stadträtin Saebel erläutert den interfraktionellen Antrag und berichtet, dass sie einen ähnlichen Antrag schon einmal gestellt habe, dieser jedoch damals abgelehnt worden sei. Sie plädiert dafür, dass die Verwaltung den Antrag möglichst schnell bearbeitet.

Bürgermeisterin Petzold-Schick berichtet, dass sie es ablehne, dass die Zuschussung des Mensaessens für Kinder aus einem Fonds genommen werde, der für Einzelfälle gedacht sei. Sie informiert darüber, dass sie diesen Antrag bereits im Schulbeirat diskutiert habe und die Verwaltung nun Kriterien für diese Zuschussung entwickeln müsse und sie mit dem Ergebnis bald in die Vorberatung komme. Sie fügt hinzu, dass die richtige Zielgruppe eventuell nicht nur Hartz IV-Empfänger seien.

Stadträtin März lässt wissen, dass der Gemeinderat die Zuschussung des Mensaessens an der Pestalozzischule bereits beschlossen habe. Sie stellt klar, dass sie in den Haushaltsplanberatungen diesen Antrag abgelehnt habe, da ihr die Zusammensetzung der geforderten 50.000 € unklar gewesen sei. Sie stimmt dem Verweis an den Verwaltungsausschuss zu.

Stadträtin Dr. Eyselen erläutert, dass jedes sechste Kind von Sozialhilfe lebe und Kinder bis zum 13. Lebensjahr einen Zuschuss von 2,52 € für Lebensmittel und Getränke pro Tag erhalten würden. Sie bittet darum, dass die Zahlen für Ettlingen in der Vorlage für den Verwaltungsausschuss aufgeführt werden und sie mit der Vorberatung einverstanden sei. Sie plädiert an ihre Gemeinderatskollegen, sich diesbezüglich an das Land zu wenden, da derjenige für die Kosten aufkommen müsse, der auch für die Aufgabe zuständig sei.

Stadtrat Dr. Asché verdeutlicht, dass einige Mitglieder der SPD-Fraktion diesen Antrag unterschrieben hätten und bittet darum, dass das Amt für Jugend, Familie und Senioren für die Vorberatung die Anzahl der betroffenen Personen ermittelt. Er stimmt der Aussage in der Verwaltungsvorlage zu, dass Eltern, Schulen, Sozialverbände, etc. mit einbezogen werden müssen. Er plädiert dafür, dass die Umsetzung der Essensbezugsschussung ohne Diskriminierung der Kinder erfolgen müsse.

Stadträtin Zeh stimmt für die Freien Wähler der Verwaltungsvorlage zu.

Stadtrat Künzel hält den Antrag für notwendig und vertritt die Auffassung, dass das Problem von der Landespolitik heruntergespielt werde. Er ist mit der Vorberatung im Ausschuss einverstanden, weist jedoch darauf hin, dass man nicht nur den Mensabetrieb sondern auch den Coffee-Shop am Eichendorff-Gymnasium mit in die Überlegungen aufnehmen müsse. Er fügt hinzu, dass beispielsweise die Schüler der Wilhelm-Lorenz-Realschule ins Jugendzentrum Specht zum Essen gehen würden.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker sichert zu, dass sie die Vorschläge für die Vorberatung aufnehmen werde.

Stadtrat Worms informiert, dass er diesen Antrag unterschrieben habe, damit dieser das Quorum erreiche und darüber im Gemeinderat diskutiert werde. Er stellt klar, dass er jedoch mit der Unterschrift nicht zusage, dass er letztendlich für diesen Antrag stimme.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker lässt wissen, dass dies die übliche Praxis sei.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig oben stehender Beschluss gefasst.

- - -